

Nötigung zu unbezahlter Mehrarbeit ist Unzucht mit Abhängigen...

Mit der Drohung, Arbeitsplätze nach Ungarn zu verlagern, hat Siemens von 4.000 Beschäftigten der Mobilfunkproduktion die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche erpresst – und zwar ohne Lohnausgleich. 40 Stunden-Woche zum Lohn von 35, das entspricht einer Lohnsenkung von rund 15 Prozent. Kein Wunder, dass nun auch Daimler-Chrysler, MAN und andere Konzerne ihre Beschäftigten zu unbezahlter Mehrarbeit zwingen wollen.

... führt zu flächendeckender Lohnsenkung

Siemens hat einen Dambruch erzwungen, weil die erfolgreiche Nötigung Nachahmer finden und die Arbeitseinkommen auf breiter Front nach unten drücken wird. Der Lohnwucher ist freilich nicht nur sittenwidrig, weil er die Schutzlosigkeit der Beschäftigten schamlos ausnutzt, er schadet auch der Binnenwirtschaft. Was man aus moralischer Sicht nur als Unzucht mit Abhängigen bezeichnen kann, ist gleichzeitig ein ökonomischer Bumerang.

... wird noch mehr Arbeitsplätze vernichten

Selbst wenn die Wirtschaft langsam wieder wachsen sollte, wird das Wachstum unter den Bedingungen längerer Arbeitszeiten keine neuen Arbeitsplätze bringen, weil die wachsende Nachfrage durch das Angebot an kostenloser Mehrarbeit mehr als ausgeglichen wird. Macht die Nötigung von Siemens Schule, wird den Unternehmen sogar mehr Arbeit zur Verfügung stehen, als der Aufschwung benötigen würde. Am Ende werden mehr Arbeitsplätze vernichtet, als durch das Wirtschaftswachstum entstehen. Gleichzeitig zeigt das Beispiel Japans, dass eine flächendeckende Lohnsenkung die Wachstumskräfte zum Erlahmen bringt und in einen lang anhaltenden Wirtschaftsabschwung mündet.

und verlangt entschiedenen Widerstand

Es war zu erwarten, dass die Unternehmerverbände im Chor mit der Union den Siemens-Coup bejubeln. Dass SPD-Berater Dohnanyi derweil sogar die 42-Stunden-Woche fordert, zeigt nur einmal mehr, dass diese Bundesregierung offenbar mehr Angst vor der neoliberalen Konkurrenz, als vor dem Totalverlust ihrer Stammwählerschaft hat.

- Der Druck auf die rot-grüne Politik muss deutlich größer werden.
- Konzerne wie Siemens, die mit Milliarden aus der Staatskasse zu Exportweltmeistern aufgebaut wurden, müssen diese Subventionen zurückzahlen, wenn sie Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagern.
- Europa darf kein Selbstbedienungsladen der Konzerne werden. Nichts ist jetzt notwendiger als grenzüberschreitende Solidarität der Gewerkschaften. Wir müssen dem gegenseitigen Herunterkonkurrieren der Belegschaften Grenzen setzen, denn die Gewinner von heute werden die Erpressungsoffer von morgen sein.
- Übrigens: Man kann über die Betriebspolitik von Siemens auch an der Ladenkasse abstimmen. Wer Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagert, soll dort auch seine Produkte verkaufen.

